

Grossratsgeschäfts-Nummer: 20/WE 8/589
Rechtsbuch-Nummer:
Departement: DEK

Bericht der Kommission zur Vorberatung des Bildungsberichts Thurgau 2023

Präsident: Stokholm Anders, Stadtpräsident, Frauenfeld

Mitglieder: Ammann Reto, lic. oec. HSG, Unternehmer, Kreuzlingen
Amrhein Daniel, Unternehmer, Balterswil
Brühlmann Zwahlen Maja, Kauf- und Familienfrau, Sulgen
Dietz Mathias, Sozialpädagoge FH, Eschlikon
Hasler-Roost Cornelia, Kommunikationsfachfrau, Aadorf
Hauser Cornelia, Lehrerin, Weinfelden
Kreier Matthias Adelbert, Primarlehrer, Oberwangen
Marolf Jürg, Sekundarlehrer, Romanshorn
Martin Oliver, Unternehmer, Leimbach
Meier Felix, Dr. oec. HSG (pens.), Romanshorn
Nägeli Willy, a. Gemeindepräsident, Oberwangen
Pasche-Strasser Corinna, Schulpräsidentin, Bischofszell
Ricklin Judith, Primarlehrerin, Kreuzlingen
Wirth Andreas, Schulpräsident, Frauenfeld

Beobachter/in: Madörin Lukas, Unternehmer, Weinfelden

Vertreter des Departements

Regierungsrätin Monika Knill, Chefin DEK
Christof Widmer, Chef Amt für Mittel- und Hochschulen
Annette Schwarz, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung
Beat Brüllmann, Chef Amt für Volksschule
Manuela Hauser, wissenschaftliche Mitarbeiterin DEK
(*Protokollführerin*)

Die Kommission zur Vorberatung des Bildungsberichts Thurgau 2023 behandelte die Vorlage in zwei Sitzungen und dankt den Vertreterinnen und Vertretern des Departementes für Erziehung und Kultur für die Begleitung der Verhandlungen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Kommission hat den Bildungsbericht an den beiden Sitzungen kapitelweise durchberaten. Zum einen wurden zu einzelnen Punkten konkrete Fragen gestellt, die allesamt beantwortet werden konnten. Zum anderen fand in den Kapiteln Frühe Förderung, Volksschule, Mittelschulen, Berufsbildung und Hochschulen zu spezifischen Themen ein reger Austausch statt zwischen den Kommissionsmitgliedern, der Regierungsrätin Monika Knill und den übrigen Vertreterinnen und Vertretern des Departementes für Erziehung und Kultur (DEK). Die Aufgabe der Kommission war es dabei nicht, Beschlüsse zu fassen, sondern über die reine Kenntnisnahme hinaus auch einen für alle Beteiligten gewinnbringenden Diskurs zu führen. Dieser konnte dank der anregenden Diskussionen zum Nutzen aller stattfinden. Ein besonderer Dank erging an Regierungsrätin Monika Knill: Der vorliegende Bildungsbericht ist ihr letzter im gegenwärtigen Amt. Er legt beredtes Zeugnis ab über ihre Verdienste für das Thurgauer Bildungswesen. Entsprechend wurde ihr der Dank der Anwesenden am Schluss der Beratungen mit einem warmen Applaus gezollt.

Allgemeines

Wie Regierungsrätin Monika Knill einleitend darlegte, wurde mit dem vorliegenden Bericht kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, sondern eine Auswahl an Themen getroffen. Denn über den Bildungsbericht hinaus gibt es zahlreiche weitere Publikationen zum Bildungsbereich, sei es etwa innerhalb des jährlichen Geschäftsberichtes des Kantons Thurgau, des Bildungsberichtes Schweiz oder der kantonalen Dienststelle für Statistik.

Eintreten

Die Kommissionsmitglieder brachten in ihren Eintretensvoten den Dank für einen ausführlichen, interessanten und informativen Bildungsbericht zum Ausdruck. Moniert wurde, dass der Bericht bezüglich Sonderschulung zu wenig ausführlich ausgefallen sei. Zudem wurde wie bereits im Bericht 2019 erneut ein umfangreicherer Ausblick vermisst. Das Eintreten war jedoch unbestritten.

Sowohl Regierungsrätin Monika Knill als auch Beat Brüllmann, Chef Amt für Volksschule, erklärten den kurzen Ausblick damit, dass die Entwicklung des Bildungswesens eine Verbundaufgabe sei, zusammen mit Bildung Thurgau, mit der Pädagogischen Hochschule, mit dem Verband der Thurgauer Schulgemeinden und mit dem Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter. Um nicht mit Vorgaben und Reformen kontraproduktiven Druck zu erzeugen, müsse das DEK mit den Bildungspartnern zusammen Lösungsansätze in Form von Rahmenbedingungen schaffen. Zwar sei der Ausblick als solches daher kurz ausgefallen, doch in den übrigen Kapiteln seien mehrfach Themen angeschnitten, die über den erfassten Zeitraum 2018-2023 hinaus in die Zukunft wiesen. Zu-

sammen mit den Bildungspartnern verfolge das DEK drei Ziele: die Attraktivität im Lehrerinnen- und Lehrerberuf, tragfähige Schulen durch Entlastung des Systems Schule sowie die Sonderschulstrategie.

Detailberatung

Die Kommission beriet anschliessend den Bildungsbericht kapitelweise. Der Kommissionsbericht wird im Folgenden ausführlicher auf jene Themen eingehen, die zu einem regen Austausch führten.

Vorwort der Chefin des Departementes für Erziehung und Kultur

Dieses wurde mit grossem Dank für ihren 16jährigen Einsatz zur Kenntnis genommen.

1. Bildungspolitik im Zeitraum 2018-2023

Im Zusammenhang mit der eidgenössischen Sprachenstrategie und der Förderung der Grundkompetenzen wurden Fragen gestellt, wie auf Schülerinnen und Schüler mit einem erhöhten Förderbedarf eingegangen werde. Regierungsrätin Monika Knill wies zum einen auf die Möglichkeit der Lernzielanpassung hin und zum anderen darauf, dass später im Leben Erwachsenen, die über keinen Berufsabschluss verfügten, über viamia, Lernlofts und Integrationskurse die Möglichkeit geboten werde, sich Grundkompetenzen anzueignen, damit eine Berufsausbildung angegangen werden könne.

2. Stufenübergreifende Themen

Die unterschiedlichen Möglichkeiten der Beschulung für Flüchtlinge mit und ohne Schutzstatus S wurden von einigen Kommissionsmitgliedern als Ungleichbehandlung moniert. Regierungsrätin Monika Knill wies darauf hin, dass dies der Bundesregelung geschuldet sei, im Kanton Thurgau jedoch künftig zumindest die Integrationsklasse an der Mittelschule über das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung laufe und somit mehr Möglichkeiten für leistungsfähige Jugendliche eröffnen werde.

3. Rahmenbedingungen des Bildungswesens

Einige Kommissionsmitglieder wiesen darauf hin, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Kanton Thurgau zwar nicht so stark wie andere Altersgruppen, aber mit 1,4% dennoch markant zunehme. Dies führe zu einem Mangel an qualifiziertem Personal. Wie begegne man diesem? Seitens Regierungsrätin Monika Knill und Amtschef Christof Widmer wurde auf die neuen Studiengänge und Programme (Tandem, QUEST, berufsinintegrierte Studiengangsvariante sowie den konsekutiven Masterstudiengang hingewiesen. Von Kommissionsmitgliedern aus dem Schulbereich wurde der Erfolg dieser Massnahmen, insbesondere der Tandems und des Quereinsteiger-Studiengangs attestiert.

4. Frühe Förderung

Rund um das Thema der Frühen Förderung entspann sich eine längere Diskussion zum Einbezug der Eltern. Denn es sei entscheidend, so ein Kommissionsmitglied, dass den Eltern mitgegeben werde, dass das eigene Kind beim Kindergarteneintritt Deutsch könne und dass es ein allfälliges Defizit im Verlaufe der Schulzeit nicht aufholen könne und somit weniger gute Bildungschancen habe als andere Kinder. Dies wurde von Regierungsrätin Monika Knill und von Amtschef Beat Brüllmann unterstrichen und auf die Kampagnen der Fachstelle Kind Jugend Familie sowie auf die Elternbildung etwa von TAGEO hingewiesen.

«Doch wie erreicht man die Eltern?», lautete die Folgefrage. Damit auch jene Eltern erreicht würden, die davon profitieren könnten, wolle man mit sogenannten Lotsen frühzeitig Kinder mit entsprechendem Bedarf identifizieren, damit man über kommunikative Kanäle wie beispielsweise Kinderärztinnen und -ärzte oder Mütter-Väter-Beratungen mit betroffenen Eltern kommunizieren könne. Ebenfalls ein guter Ansatz sei die Verknüpfung einer Vergünstigung mit einer Verpflichtung, indem etwa der Besuch einer Spielgruppe finanziell unterstützt werde, wenn die Eltern gleichzeitig Elternbildungskurse besuchten. Voraussetzung dafür sei eine enge Zusammenarbeit zwischen politischer Gemeinde und Schulgemeinde.

Zu reden gab auch die Frage nach dem Stichtag für die Einschulung. Geschehe diese nicht tendenziell zu früh, was dann später zu Schwierigkeiten nicht zuletzt bei der Berufsfindung führe, weil man dafür noch nicht reif genug sei? Regierungsrätin wie Amtschef verwiesen darauf, dass die Eltern ihre Kinder ohne schulpsychologische Abklärung zurückstellen könnten, wovon ca. 10 Prozent der Eltern von Kindern im Einschulungsalter jährlich Gebrauch machen würden.

5. Volksschule

In Bezug auf die sogenannten herausfordernden Schülerinnen und Schüler diskutierten die Kommissionsmitglieder mit Regierungsrätin Monika Knill und Amtschef Beat Brüllmann die Ursachen. So habe die Digitalisierung die Beziehung zwischen Eltern und Kindern verändert, auch seien die Eltern gestresster, was sich auf das Kind indirekt übertrage. Hinzu kämen Ernährungsfragen, die Zunahme der Zahl Frühgeborener sowie das Verhalten der Eltern in der Schwangerschaft. Wissenschaftlich erwiesen seien diese Zusammenhänge aber noch nicht. Die Forschung dazu müsse bei der Pädagogischen Hochschule als dem Ort für solche Studien im Kanton Thurgau entsprechend angeregt werden.

Damit auch seitens Lehrerschaft auf die herausfordernden Situationen besser eingegangen und die Beziehungsarbeit mit den Schülerinnen und Schülern intensiviert werden könne, wurde im Thurgau die so genannte Coaching-Lektion zu Lasten einer Stunde aus der Stundentafel eingeführt. Dies sei inhaltlich verkräftbar, da der Lehrplan einen Handlungsspielraum zulasse. Belastende Situationen gebe es nicht nur im Zusammenhang mit den herausfordernden Schülerinnen und Schülern, sondern auch mit der integrativen Aufgabe der Schulen gemäss dem Behindertengleichstellungsgesetz. Mehrere Schulvertreterinnen wiesen darauf hin, dass diese Aufgabe manch eine Schule an den Rand des

5/7

Kollapses treibe. Der Bereich der Sonderschule wird im Bericht nur gestreift, obwohl er gewichtig ist. Der Belastung der Regelschule müsse mit der Sonderschulstrategie, die auch separative Sonderschulen vorsehen sollte; unbedingt Gegensteuer gegeben werden, lautete die Forderung.

Wie schon im 3. Kapitel wurde auch bei der Volksschule die steigende Zahl der Schülerinnen und Schüler thematisiert und eingehend diskutiert. Der Kanton sei nicht vom Wachstum an sich, jedoch von der Wachstums-Dynamik überrascht worden, vor allem an mehreren Orten gleichzeitig. Die Bewältigung stelle eine grosse Herausforderung dar, erörterte Regierungsrätin Monika Knill. Man habe die Kapazität der Pädagogischen Hochschule hochgefahren, die Studiengänge attraktiver gestaltet und Wiedereinstiegsprogramme lanciert. Einen gewissen Einfluss auf die verschärfte Situation vermuteten einige Kommissionsmitglieder auch darin, dass der Lehrerberuf in den letzten Jahrzehnten verstärkt frauenlastig geworden sei. Andere wiederum meinten, dass diese Problematik sich bereits in einigen Jahren wieder abschwächen werde. Denn die Pensionierungsraten nähmen ab, die Babyboomer-Generation sei langsam draussen.

6. Mittelschulen

Nach einigen Fragen zum Aufnahmeverfahren, zur Dropout-Quote, zu Kommunikationsplattformen bei der Thurgauisch-Schaffhausischen Maturitätsschule für Erwachsene sowie zur Wirkung der Pädagogischen Maturitätsschule auf den Zugang zur Pädagogischen Hochschule wurde intensiv über die Maturitätsquoten des Kantons Thurgau diskutiert. Sowohl Regierungsrätin Monika Knill als auch der Chef des Amtes für Mittel- und Hochschulen, Christof Widmer, wiesen darauf hin, dass es nie die Haltung des Regierungsrates gewesen sei, Initiative zu ergreifen, um spezifisch nur die gymnasiale Maturitätsquote zu erhöhen. Die Frage sei aber, ob die im Kanton Thurgau vorhandenen Potenziale alle entsprechend ausgeschöpft und entfaltet werden könnten. Denn auch die berufliche Maturitätsquote müsse bei dem hohen Anteil von 75% der Schulabgängerinnen und -abgänger viel grösser sein als der Schweizer Durchschnitt, was aber nicht der Fall sei. Also gehe es darum, die Gesamtmaturitätsquote zu erhöhen. Man wolle sich nicht mit einer bloss durchschnittlichen Berufsmaturitätsquote zufrieden geben, es brauche eine bessere Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale.

Die Rede kam auch auf die Sorge um die psychische Gesundheit von Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. Seitens eines Kommissionsmitglieds wurde die Schaffung eines Kontrollgremiums oder einer Ombudsstelle angeregt. Regierungsrätin Monika Knill jedoch machte darauf aufmerksam, dass man jeden Fall für sich zu betrachten habe und deshalb ein grosses Netzwerk an unterstützenden Organisationen die adäquatere Form sei, auf die Problematik zu reagieren.

7. Berufsbildung

Mit der Fragestellung, weshalb vor allem kleinere Ausbildungsbetriebe zunehmend keine Lehrstellen mehr anbieten würden, traf die Kommission unverhofft ein Herzensanliegen der scheidenden Regierungsrätin. Sie wies mit Nachdruck und mehrfach darauf hin,

dass diese Entwicklung in erster Linie mit der zunehmenden Komplexität der Bildungsverordnungen zusammenhänge, die ausgerechnet von den Branchen selber gestaltet würden und darum hauptsächlich von diesen zu verantworten seien.

Die Steigerung der Komplexität des Berufsbildungssystems gefährde die duale Berufsbildung, wie wir sie alle schätzten. Denn sie führe zu hohen Anforderungen an die Ausbildungsbetriebe und die Berufsfachschulen. Und sie verunmögliche, dass man sich genug für eine digitale Lernumgebung und damit einem Leitmedienwechsel einsetzen könne. Es müsse dringend eine Reduktion der Komplexität zugunsten von wichtigen Entwicklungen stattfinden. Die Bereitschaft dazu sei aber bei den Berufsverbänden noch kaum spürbar, wohl auch, weil sie sich durch die Einbettung zusätzlicher, die Komplexität steigender Lerninhalte in die Grundbildung finanzieller Beteiligungen entzögen. Annette Schwarz vom Amt für Berufsbildung und Berufsberatung unterstrich die Wichtigkeit, Gegensteuer zu geben. Die Situation drohe aktuell zu kippen und es bestünde die Gefahr eines wieder eintretenden Lehrstellenmangels. Den Einwand, es könne doch auch neue Modelle wie etwa die Auslagerung von Ausbildungsjahren in Lerninstitutionen geben, liess die Regierungsrätin nicht gelten: «Wenn das Einzug halten würde, nur, weil die Branchen solche Bedingungen fordern und somit die Lehrbetriebe nicht mehr in der Lage sind, eine 3- oder 4-jährige Ausbildung anzubieten und somit den Hauptanteil der Ausbildung, neben der Berufsfachschule und den überbetrieblichen Kursen, nicht mehr übernehmen könnten, käme das einer Kapitulation unserer sehr erfolgreichen dualen Berufsbildung gleich.»

8. Hochschulen

Der Thurgau sei zwar kein Standort einer Hochschule, doch man verfolge in diesem Bereich eine Tradition gewordene Strategie der Kooperationen, zum einen auf dem Platz Kreuzlingen mit Konstanzer Hochschulen, zum anderen neu in Tänikon mit der OST. Wie auch immer die Trägerschaft geregelt sei, wichtig sei letzten Endes, dass im Thurgau in Wissenschaft und Forschung investiert und das auch sichtbar wahrgenommen werde, so die Departementsvorsteherin.

9. Höhere Berufsbildung und Weiterbildung

Der Ausbau der HF-Berufsbildungsgänge wurde von Kommissionsmitgliedern positiv gewürdigt. Auf Fragen zu deren Ausbau und zur Abbruchrate beim Bildungszentrum für Gesundheit wurde seitens Departement Auskunft gegeben, dass kein weiterer Ausbau anstehe und dass die Abbruchrate beim genannten BZ nicht überdurchschnittlich sei.

10. Ausblick

Seitens der Kommissionsmitglieder wurde zum Schluss nochmals die Kürze des Ausblicks moniert, was auch im Eintreten schon genannt worden war. Vermisst wurden weiterführende Aussagen zur Lösung der Belastungssituation, zu den Sonderschulen und zur Elternbildung.

7/7

11. Bildungsausgaben

Keine Wortmeldungen.

12. Anhang

Hier wurde noch der Wunsch für einen künftigen Bildungsbericht angebracht, dass dieser auch das Feld der Berufs- und Studienberatung enthalten dürfe.

Frauenfeld, den 3. April 2024

Der Kommissionspräsident

Anders Stokholm